

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 02. Dezember 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0148

Notfalltelefone/Basistelefone mit Ortungsfunktion

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 7.11.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten

1. in welchen Parkanlagen und Spielplätze, in deren unmittelbarer Nähe sich kein öffentliches Telefon befindet, eine oder ggf. mehrere Notfalltelefone installiert werden können;
2. wie hoch die Kosten der Deutschen Telekom für die Aufstellung von Notfalltelefonen mit Ortungsfunktion pro Gerät und Standort sind;
3. ob bei der Erstellung eines Konzepts der Herbert- und Reisinger-Anlagen die Aufstellung von Notfalltelefonen mit einbezogen werden können. Die dafür entstehenden Kosten sind ebenfalls zu berücksichtigen;
4. ob in diesen speziellen Fällen auf eine Sondernutzungsgebühr für das Aufstellen öffentlicher Telekommunikationsstellen im öffentlichen Straßenraum seitens der Stadt im Hinblick auf eine gemeinsame Interessenlage verzichtet werden kann und
5. welche Möglichkeiten bestehen, dass sich das Land Hessen an den Kosten für die Aufstellung von Notfalltelefonen beteiligt.

Beschluss Nr. 0326

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten

1. in welchen Parkanlagen und Spielplätze, in deren unmittelbarer Nähe sich kein öffentliches Telefon befindet, eine oder ggf. mehrere Notfalltelefone installiert werden können;
2. wie hoch die Kosten der Deutschen Telekom und evtl. anderer Anbieter für die Aufstellung von Notfalltelefonen mit Ortungsfunktion pro Gerät und Standort sind;
3. ob bei der Erstellung eines Konzepts der Herbert- und Reisinger-Anlagen die Aufstellung von Notfalltelefonen mit einbezogen werden können. Die dafür entstehenden Kosten sind ebenfalls zu berücksichtigen;
4. ob in diesen speziellen Fällen auf eine Sondernutzungsgebühr für das Aufstellen öffentlicher Telekommunikationsstellen im öffentlichen Straßenraum seitens der Stadt im Hinblick auf eine gemeinsame Interessenlage verzichtet werden kann und

5. welche Möglichkeiten bestehen, dass sich das Land Hessen an den Kosten für die Aufstellung von Notfalltelefonen beteiligt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2008

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2008

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister